

Zivilgesellschaftliche Partizipation in Forschungsprojekten als Lösung und Problem

Vorstellung des EU-Projekts
CONSIDER

von Simon Pfersdorf, ITAS, und Bernd Carsten Stahl, De Montfort University Leicester

Mit der „Lissabon-Strategie“ strebt die EU die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Forschungs- und Innovationsraums an. Mit dem Programm, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedeten, wurde die Entwicklung einer europäischen Wissensgesellschaft zur Zielmarke europäischer Politik. Das Forschungsprojekt CONSIDER (Civil Society Organisations in Designing Research Governance) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bedingungen auszuloten, die eine Partizipation von Civil Society Organisations (CSOs) in der Forschung ermöglichen, sowie die Probleme zu eruieren, die damit einhergehen.

Das Ziel, eine europäische Wissensgesellschaft zu etablieren, geht seit Verabschiedung der Lissabon-Strategie mit einer erheblichen Förderung der europäischen Wissenschaften sowie der Einbeziehung von Interessensvertretern aus allen sozialen Bereichen einher. Frühzeitig sollte die Wirtschaft in der Lage sein, Innovationspotenziale neuer Erkenntnisse aufzunehmen und individuell zu fördern, und der Staat sollte mögliche Regulierungserfordernisse einhalten sowie die Zivilgesellschaft auf mögliche Risiken sowie Chancen wissenschaftlicher Forschung hinweisen können. Von der Inklusion der letztgenannten Gruppe in Forschungs- und Entwicklungsprozesse verspricht sich die EU-Kommission eine Verbesserung der Konsumentenfreundlichkeit, die Harmonisierung von Debatten, die Erhöhung der Legitimation von Forschung und Ergebnisse, die als gesellschaftlichen Interessen und anerkannten Werten berücksichtigen. Dass diese Effekte jedoch tatsächlich aus der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen folgen, scheint unklar. Ausgehend von Robert K. Merton (1968) funktioniert Wissenschaft nach ihren eigenen Regeln, die u.a. steuern, welche Themen verfolgt werden oder die bestimmen, wie

Forscher Anerkennung erhalten. Wenn sich selbst Wissenschaft derart autonom organisiert, stellt sich die Frage, wie die erwarteten wissenschaftsexternen und -internen Effekte – also die Verbesserung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie deren gesellschaftspolitische Legitimation – konstruiert werden. Darüber hinaus könnte durch die Beteiligung Einzelner am Forschungsprozess, die Neutralität des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses infrage gestellt werden. Die Möglichkeit, dass sich wissenschaftliches Wissen an Partikularinteressen orientiert und nicht der Allgemeinheit dient, könnte neue gesellschaftliche Konflikte provozieren.

1 Partizipation – der sozialwissenschaftliche Hintergrund

In den Sozialwissenschaften wird bereits seit knapp fünf Jahrzehnten die gesellschaftliche Bedeutung wissenschaftlichen Wissens für die Gestaltung moderner Gesellschaften diskutiert. Robert E. Lane (1966) oder Daniel Bell (1973) haben v. a. auf die wirtschaftlichen Potenziale hingewiesen und früh von einer „knowledgeable society“ oder Informationsgesellschaft gesprochen. Neuere Ansätze weisen darauf hin, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern alle gesellschaftlichen Teilbereiche von wissenschaftlichem Wissen abhängen (Stehr 1994; Willke 1998; Weingart 2001). Damit geht einher, dass tradierte Wissensformen wie Bräuche, Normen oder Routinen an Einfluss einbüßen. Wissen wird nicht mehr fraglos übernommen, sondern muss immer wieder begründet werden und unterliegt ständiger Revision. Diese Prozesse ermöglichen Veränderungen und Innovationen, benötigen jedoch auch eine Vielzahl von Experten. Die Politik ist auf neue Erkenntnisse angewiesen, um ihre Gesetze und Regeln an die sich stets wandelnden Bedingungen anzupassen.

Diese Form der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft verläuft jedoch nicht konfliktfrei. Am Beispiel gesellschaftlicher Debatten über Technologien, wie der Atom-, Bio- oder Nanotechnologie zeigen sich Widersprüche und Gegenbewegungen zum gesellschaftlichen Bedeutungsgewinn wissenschaftlichen Wissens. Es entzündeten sich argumentative Auseinandersetzungen, Demonstrationen oder ziviler Ungehorsam aufgrund neuerlicher wissenschaftsbasierter technologischer Entwicklungen. Statt sich auf Neues einzustellen,

möchten manche am Alten festhalten. Sie erkennen in Wissenschaft und Technologie Gefahren für die moralischen, biologischen oder sozialen Grundlagen ihres Lebens. Die wissenschaftliche Wissensentwicklung ist also mit unterschiedlichen Erwartungen aus vielen gesellschaftlichen Teilbereichen konfrontiert. Die Begriffe „Wissenspolitik“, „Anticipatory Governance“ oder „Governance of Science“ stehen für neuere wissenschaftliche Ansätze, die die veränderte gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaft analysieren. Ihnen zufolge bilden sich neue gesellschaftliche Prozesse zur Förderung, Regulierung und Überwachung von Wissenschaft und Technologie aus. Ein solcher Prozess ist auch die Partizipation von Laien in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse. Sie soll wichtige legitimatorische Grundlagen für Forschungsergebnisse liefern, könnte aber auch direkt Einfluss auf die Wissensentwicklung nehmen (Wehling 2004).

2 CSOs als Vertreter öffentlicher Interessen

Dass Partizipation überhaupt Autorität zukommen könnte, begründet sich auch aus dem Ansehensgewinn außerstaatlicher Formen der gesellschaftlichen Regulierung (Governance). Einer funktionalistischen Argumentation zufolge ist der Staat alleine kaum mehr in der Lage, komplexe Sachgebiete zu durchdringen und effektiv zu steuern. Es bedarf neuer Herangehensweisen, um die unterschiedlichen Regelungsaspekte und Entscheidungsfolgen in einen abgestimmten Zusammenhang zu bringen. In mehr oder weniger lose mit dem Staat gekoppelten Organisationen finden daher Betroffene und Interessensvertreter gemeinsam Lösungsansätze für den jeweiligen Regelungsbereich (Rhodes 1996). Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Effizienz (im Sinne von Durchsetzbarkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz) der getroffenen Entscheidungen zu verbessern. Damit verbunden ist die normative Hoffnung, dass Entscheidungen, an der alle oder viele Interessierte mitgewirkt haben, eine höhere gesellschaftliche Ankererkennung finden als staatliche, die ohne die Beteiligung auskommen (Beck 1999). Welche Rolle CSOs allerdings bei der Governance von Forschung tatsächlich spielen können, ist bislang weitestgehend unerforscht. Vielmehr konzentrierte sich die bisherige Forschung zu diesem Thema auf

Erwartungen, Formen und Konsequenzen der Laienpartizipation. In der partizipativen TA oder dem „public understanding of science“ kennt man viele Methoden, Bürgern einen Überblick zu politischen oder technischen Entscheidungsprozessen zu geben, ihnen die Möglichkeiten zu geben, einzelne thematische Aspekte besonders in Augenschein zu nehmen und dabei dann zu gemeinsamen Erklärungen zu kommen. Auch wenn mittlerweile wohl bekannt ist, dass auch Laien über gesellschaftsrelevantes Wissen verfügen, erreichen diese Art von Verfahren oftmals nicht mehr als die Teilnehmer zu informieren – ihr Einfluss auf Entscheidungsprozesse bleibt fraglich (Wynne 1996). Anders könnte dies bei CSOs der Fall sein. Die Organisationen repräsentieren die aggregierte Meinung Vieler und beanspruchen oftmals, im Kontext des öffentlichen Interesses zu handeln. Sie engagieren sich bürgernah auf der Straße, bringen gut begründete Stellungnahmen in Debatten ein oder werden als Berater sowie Experten angefragt. Aus demokratietheoretischer Perspektive lässt die Einbindung von CSOs in die Forschung zumindest zwei Interpretationen zu. Abhängig von der Ausgestaltung der Partizipationsverfahren könnten diese als Beispiel gelebter Partizipation und bürgernaher Wissenschaft oder für eine Form der technokratischen Entscheidungssetzung gehalten werden.

3 CONSIDER – Methode, Vorgehen, Ziele

Vor dem Hintergrund der skizzierten sozialwissenschaftlichen Diskussion setzt CONSIDER an. In einer explorativen Studie möchte das Projektkonsortium Möglichkeiten, Grenzen und Bewertungsmaßstäbe der CSO-Partizipation in der Forschung aufzeigen. Dazu verfolgt es einen normativ-empirischen Ansatz, der sich sowohl auf theoretische Argumente als auch empirische Erfahrungen stützt. Konkret entsteht aus diesen beiden Perspektiven ein Raster zur Analyse und Einordnung unterschiedlicher Einbindungsformen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Forschungsprojekte. Während theoretische Aspekte eine Vielzahl unterschiedlicher analytischer Parameter konstruieren, soll die empirische Analyse aufzeigen, wie sich diese Parameter in der sozialen Praxis konstruieren. Als Datengrundlage nutzt das Konsortium alle bislang im Rahmen des europäischen Forschungsrahmenprogramms 7 geförderten Projekte.

Methodisch steht das Vorgehen in Tradition der qualitativen Datenanalyse mit dem Ziel der Typenbildung (Kuckartz 2007). Im Rahmen mehrerer Schritte gewinnt das Konsortium einen Überblick über mögliche Untersuchungsfälle, organisiert ein Sample, erhebt und analysiert unterschiedliche qualitative Daten und synthetisiert einige der Fälle im Rahmen einer Tiefenanalyse zu beispielhaften Modellen der Partizipation von CSOs in der Forschung. Zu Beginn führt das Konsortium eine Onlinebefragung der Leiter aller Projekte durch, die bislang im Rahmen des Forschungsprogramms 7 gefördert wurden. Dabei soll herausgefunden werden, welche Projekte prinzipiell mit CSOs zusammengearbeitet haben oder diese irgendwie eingebunden haben. Davon ausgehend erhebt eine zweite Befragungswelle Details zu den Projekten, der Form der Einbindung und der Besonderheiten der jeweiligen CSOs. Unter Vorgabe der Erreichung größtmöglicher Varietät im Hinblick auf das normative-empirische Raster wählt das Konsortium dann ca. 30 Fallstudien zur weiteren Untersuchung aus. Zur Verbesserung der Aussagekraft der Projektergebnisse sollen weitere Forschungsprojekten aus unterschiedlichen nationalen Kontexten und verschiedenen Auftraggebern in das Sample aufgenommen werden. Mithilfe von Interviews, ethnographischer Beobachtung und Dokumentenanalyse wird die empirische Wirklichkeit der CSO-Partizipation erforscht. Anhand der Erfahrungen im Feld und am Beispiel einzelner Projekte sollen schließlich Partizipationsmodelle erstellt werden.

Die EU-Kommission erwartet sich von dem Projekt Hilfestellungen. Aus ihrer Perspektive könnte CSO-Partizipation das Konzept der Responsible Innovation bereichern, die Nutzerorientierung und Konsumentenfreundlichkeiten von Technologien verbessern und gesellschaftspolitische Debatten harmonisieren. Um diesem Beratungswunsch zu entsprechen, entwickelt das Konsortium ausgehend von den Partizipationsmodellen einen Katalog von Leitlinien, die in künftigen Forschungsprojekten Anwendung finden sollten. Darüber hinaus soll ein Netzwerk von CSOs, Forscher und weiterer Interessierter entstehen, an das die Forschungsergebnisse weitergeleitet werden. Die Beteiligten sollen Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation kennenlernen und damit für ihre Arbeit profitieren.

Das Dreijahresprojekt hat im Februar 2012 angefangen. Bis Ende des Sommers wurde das Fallstudien-Sample aus den Befragungen gewonnen sowie das Analyseraster erstellt. Das Konsortium stellt das Forschungsprojekt auf mehreren Konferenzen vor, wirbt bei CSOs um Interesse und verfeinert in mehreren Pretests die analytischen Perspektiven. Alle Forscher und Vertreter von CSOs sind eingeladen, sich bei Interesse an dem Projekt bei uns zu melden.

Literatur

- Beck, U.*, 1999: World Risk Society. Oxford
- Bell, D.*, 1973: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting. New York
- Kuckartz, U.*, 2007: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden
- Lane, R.E.*, 1966: The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society. In: American Sociological Review 31 (1966), S. 649–662
- Merton, R.*, 1968: The Matthew Effect in Science. In: Science 159 (1968), S. 56–63
- Rhodes, R.A.W.*, 1996: The New Governance: Governing without Government. In: Political Studies 44 (1996), S. 652–667
- Stehr, N.*, 1994: Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften. Frankfurt a. M.
- Weingart, P.*, 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Velbrück
- Wehling, P.*, 2004: Reflexive Wissenspolitik: Öffnung und Erweiterung eines neuen Politikfeldes. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 13/3 (2004), S. 63–71
- Willke, H.*, 1998: Systemisches Wissensmanagement. Stuttgart
- Wynne, B.*, 1996: May the Sheep Safely Graze? In: Lash, S.; Szerszynski, B.; Wynne, B. (Hg.): Risk Environment and Modernity: Toward a New Ecology. London

Kontakt

Dipl.-Pol. Simon-Philipp Pfersdorf
 Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)
 Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
 Postfach 36 40, 76021 Karlsruhe
 Tel.: +49 (0) 7 21 / 6 08 - 2 48 41
 E-Mail: simon.pfersdorf@kit.edu

